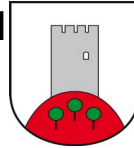


GEMEINDE GARGAZON
Autonome Provinz Bozen



COMUNE DI GARGAZZONE
Provincia Autonoma di Bolzano

Verordnung betreffend die Videoüberwa- chung

Genehmigt mit Beschluss des
Gemeinderates Nr. 35 vom 11.11.2020

Regolamento sulla videosorveglianza

Approvato con deliberazione del
Consiglio Comunale n. 35 del
11.11.2020

Gemeinde Gargazon

Verordnung über die Videoüberwachung

Genehmigt mit Beschluss Nr. des Gemeinderates
Nr. 35 vom 11.11.2020

Inhaltsverzeichnis

Artikel 1 - Zweck.....	S. 2
Artikel 2 - Kriterien für die Bestimmung der Überwachungsbereiche.....	S. 2
Artikel 3 - Nutzungseinschränkung.....	S. 3
Artikel 4 - Verantwortliche und Beauftragte für die Verwaltung und Verarbeitung der Daten S. 3	
Artikel 5 - Vorgehen bei der Datenerfassung und Merkmale personenbezogener Daten	S. 4
Artikel 6 - Feststellung rechtswidriger Taten und Ermittlungen der Gerichtsbehörde bzw. der Polizei.....	S. 5
Artikel 7 - Information der BürgerInnen.....	S. 6
Artikel 8 - Datensicherheit.....	S. 6
Artikel 9 - Einstellung der Datenverarbeitung.....	S. 7
Artikel 10 - Verweis.....	S. 7
Anlage 1	

Artikel 1

Zweck

1. Die vorliegende Verordnung gewährleistet die Wahrung der Rechte, der Grundfreiheiten sowie der Würde natürlicher Personen, insbesondere ihrer Privatsphäre und Identität, bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, die von der Gemeinde Gargazon mittels Betrieb einer Videoüberwachungsanlage im Gemeindegebiet erhoben werden.

2. Für Sachverhalte, die in dieser Verordnung nicht ausdrücklich geregelt sind, wird auf den Datenschutzkodex verwiesen, der mit gesetzesvertretendem Dekret Nr. 196 vom 30. Juni 2003 und EU Verordnung 679/2016 genehmigt wurde.

3. Die institutionellen Zwecke der Anlage entsprechen den institutionellen Aufgaben, die der Gemeinde Gargazon von den geltenden Bestimmungen und insbesondere vom gesetzesvertretenden Dekret Nr. 267 vom 18. August 2000, vom Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 616 vom 24. Juli 1977, von der Gemeindepolizeiverordnung nach Gesetz Nr. 65 vom 7. März 1986, von der Notverordnung Nr. 11 vom 23. Februar 2009 wie in das Gesetz Nr. 38/2009 umgewandelt sowie von der Gemeindegatzung und von den geltenden Gemeindeverordnungen übertragen wurden. Dazu zählen:

- a) die Ergreifung von Vorbeugungs- und Sicherheitsmaßnahmen im Gemeindegebiet,
- b) die Erhebung anonymer Daten zur Untersuchung der Verkehrsflüsse und für die Erstellung der kommunalen Verkehrspläne,
- c) die Erhebung von Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung,
- d) die Überwachung des öffentlichen Verkehrs,
- e) die Schutz des Gemeindevermögens.

4. Die Installation des Videoüberwachungssystems wird ausschließlich zur Verarbeitung personenbezogener Daten führen, die mittels Videokamera aufgenommen werden und die - je nachdem, wo das Überwachungssystem installiert ist – die Personen und Transportmittel betreffen, die sich in den überwachten Bereichen aufhalten oder sie durchqueren.

5. Die Überwachungsanlage wird für keine anderen als die hier beschriebenen Zwecke verwendet.

Artikel 2

Kriterien für die Bestimmung der Überwachungsbereiche

1. Bei der Bestimmung der Bereiche, die überwacht werden sollen, muss die Gemeindeverwaltung Folgendes beachten:

- a) Die gesammelten Daten dürfen ausschließlich den Datenerhebungszweck betreffen und dürfen nicht darüber hinausgehen.
- b) Laut Arbeitnehmerstatut (Gesetz Nr. 300/1970, Artikel 4) ist die Installation von Anlagen zur Arbeitsplatzüberwachung verboten.
- c) Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten ist darauf zu achten, dass die Daten korrekt sowie sachlich richtig sind und den Datenerhebungszweck betreffen.

- d) Bei der Wahrung der Interessen ist Ausgewogenheit zu gewährleisten, das heißt, das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Sicherheit und der Schutz des öffentlichen Vermögens sind mit dem Datenschutz durch die Wahrung der Würde, des Rechts auf soziales Ansehen sowie die Wahrung der Privatsphäre zu vereinbaren.
- e) Ferner sind die Einschränkungen zu beachten, die in den Gesetzen und Verordnungen vorgesehen sind.
- f) Die eingesetzten Mittel müssen im Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.
- g) Zu berücksichtigen ist schließlich die Beschaffenheit der Bereiche im Hinblick auf die potentielle Gefahr, dass sich dort bereits begangene Verbrechen, Straftaten oder Vandalenakte im Allgemeinen wiederholen oder dass sie künftig Schauplatz verbrecherischen Verhaltens werden.

2. Für sozial besonders wichtig gilt bei der Bestimmung der Überwachungsbereiche die Einbeziehung von Bereichen, wo sich Minderjährige aufhalten oder wo diese von ihren Eltern und/oder sonstigen Betreuungspersonen nicht immer beaufsichtigt werden sowie von Bereichen, wo sich große Menschenmengen ansammeln oder wo sich üblicherweise Menschen treffen und zusammenkommen.

Artikel 3

Nutzungseinschränkung

1. Die gesammelten Videobilder dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, die unter Artikel 1 dieser Verordnung genannt sind. Insbesondere sind folgende Verwendungszwecke untersagt:

2. Nach Artikel 4 des Arbeitnehmerstatus (Gesetz Nr. 300 vom 20. Mai 1970) dürfen die Videoüberwachungsanlagen nicht dazu verwendet werden, die Arbeitstätigkeit der Gemeindebediensteten, der Bediensteten anderer öffentlicher Verwaltungen oder anderer öffentlicher bzw. privater Arbeitgeber zu überwachen.

3. Die Videoüberwachungsanlagen dürfen nicht für statistische Zwecke eingesetzt werden, auch dann nicht, wenn es sich dabei um das Sammeln von Daten zum Zwecke einer Aggregation oder zu Werbezwecken im Bereich Fremdenverkehr handelt.

4. Die Videoüberwachung fällt in den normativen Rahmen, der sich auf die Ausübung der institutionellen Aufgaben bezieht, und ist demnach nicht auf die Sammlung und Verarbeitung sensibler Daten ausgerichtet.

Artikel 4

Verantwortliche und Beauftragte für die Verwaltung und Verarbeitung der Daten

1. Nach der EU Verordnung 679/2016 ist der Bürgermeister/die Bürgermeisterin der/die Verantwortliche für die Verwaltung und Verarbeitung der Daten.

2. Der/die Verantwortliche überwacht die Verwendung der Anlagen und die Verarbeitung der Bilder und Daten im Einklang mit den Zielen, die von der Gemeindeverwaltung verfolgt werden, sowie im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen, insbesondere mit den etwaigen Anweisungen der Datenschutzbehörde.

3. Er/sie verwahrt die Schlüssel zum Schrank, in dem die Aufzeichnungen aufbewahrt werden, sowie die Kennwörter für die Verwendung der Anlagen.

4. Der/die Verantwortliche für die Verarbeitung der Daten ernennt die Beauftragten zur Verarbeitung der Daten sowie die Personen, die ermächtigt sind, die Aufnahmen einzusehen, wenn dies für die verfolgten Zwecke unerlässlich ist.

5. Die Ernennung etwaiger externer Beauftragter ist nur dann zulässig, wenn der externe Organismus demselben Zweck dienende Leistungen erbringt, die vom Rechtsinhaber/der Rechtsinhaberin bestimmt werden.

Artikel 5

Vorgehen bei der Datenerfassung und Merkmale personenbezogener Daten

1. Die Daten müssen durch geeignete vorbeugende Sicherheitsvorkehrungen geschützt werden. Insbesondere auf ein Minimum zu reduzieren sind: die Gefahr, dass die Daten vernichtet werden oder eventuell auch aus Versehen verloren gehen; der unberechtigte Zugang zu den Daten; deren unerlaubte oder nicht dem Zweck der Datenerhebung entsprechende Verarbeitung.

2. Die personenbezogenen Daten

- a) werden korrekt und ausschließlich in erlaubter Art und Weise verarbeitet;
- b) werden zu den in Artikel 1 genannten Zwecken erhoben und aufgezeichnet und für andere Verarbeitungsvorgänge nur so weit verwendet, als dies mit den verfolgten Zwecken vereinbar ist;
- c) müssen den Zweck betreffen, für den sie erhoben oder später weiterverarbeitet werden, sie müssen vollständig sein und dürfen nicht über ihren Zweck hinausgehen;
- d) werden nur so lange aufbewahrt, wie dies für die institutionellen Zwecke, für die sie erhoben und weiterverarbeitet werden, erforderlich ist; auf jeden Fall aber nicht länger als in folgendem Absatz 5 vorgesehen;
- e) werden für die Analyse der Verkehrsflüsse im Sinne von Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe b) so verarbeitet, dass auf jeden Fall die Anonymität gewährleistet ist und die Analyse nach der Erhebungsphase erfolgt, sofern es sich überhaupt um Aufnahmen handelt, die personenbezogene Daten enthalten können.

3. Die personenbezogenen Daten werden mit den Videokameras der Überwachungsanlage aufgenommen, die schrittweise, je nach Entwicklung des Systems, an verschiedenen, mit Ausschussbeschluss bestimmten Stellen installiert werden. Diese Stellen sind in Anlage 1 aufgelistet. Besagte Anlage 1 kann angesichts der sich laufend ändernden Erfordernisse jederzeit anhand einer entsprechenden Entscheidung des Gemeindevausschusses geändert werden.

4. Die unter Absatz 3 genannten Videokameras werden die technischen Merkmale aufweisen, die im entsprechenden Bericht der Einbaufirmen beschrieben sind. Besagter Bericht wird von der Stadtverwaltung in der entsprechenden Akte aufbewahrt. Die technischen Merkmale müssen eine beachtliche Schärfe und Detailgenauigkeit der Aufzeichnungen erlauben. Der Rechtsinhaber verpflichtet sich, keine Nahaufnahmen von

Gesicht und Körper der Personen zu machen, die nicht für die Erfüllung der institutionellen Zwecke der Anlage erforderlich sind. Personenbezogene Daten, die für die Vorbeugung bzw. Ahndung von Verstößen oder für Ermittlungen der Gerichtsbehörde nützlich sein könnten, werden eventuell im Kontrollraum auf einem magnetischen Datenträger gespeichert.

5. Die Aufbewahrung der Videoaufnahmen ist auf einen Zeitraum von 7 aufeinanderfolgenden Tagen nach der Datenerhebung beschränkt. Ausnahmen sind die längere Aufbewahrung im Zusammenhang mit Feiertagen oder mit der Schließung der Büros bzw. Betriebe oder auf entsprechendes Ersuchen der Gerichtsbehörde bzw. Gerichtspolizei.

6. Nur in ganz bestimmten Fällen, wie bei besonderen technischen Anforderungen (Transportmittel) oder ausgesprochen riskanter Tätigkeit des Rechtsinhabers (so kann zum Beispiel das Bedürfnis einiger Einrichtungen wie Banken, die Personen zu identifizieren, die den Ort einige Tage vor dem Überfall besichtigt haben, gerechtfertigt sein), ist eine längere Aufbewahrungszeit der Daten zulässig, auf keinen Fall aber darf sie eine Woche übersteigen.

7. Die etwaige Verlängerung der Aufbewahrungszeit muss eine Ausnahme bleiben. Die Notwendigkeit einer längeren Aufbewahrung muss auf jeden Fall in Zusammenhang mit einem Ereignis stehen, das sich bereits zugetragen hat oder tatsächlich droht, oder sie ist aufgrund von laufenden Ermittlungen der Gerichtsbehörde oder der Gerichtspolizei erforderlich, die speziell um die Aufbewahrung der Daten oder die Aushändigung einer Kopie ersucht hat.

8. Das System muss so programmiert werden, dass es – sofern technisch möglich – die Daten zu einem bestimmten Zeitpunkt automatisch von jedem Datenträger (eventuell auch durch Überschreiben) löscht und zwar so, dass die gelöschten Daten nicht wiederverwendet werden können.

Artikel 6

Feststellung von rechtswidrigen Taten und Ermittlungen der Gerichtsbehörde bzw. der Polizei

1. Werden Bilder aufgenommen, die auf eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit, auf eine Beschädigung der Umwelt oder des Vermögens der Gemeinde Gargazon hinweisen, benachrichtigt der/die Beauftragte für die Videoüberwachung sofort die zuständigen Stellen und informiert den Verantwortlichen bzw. die Verantwortliche für die Verwaltung der Daten im Sinne von Artikel 4 Absatz 1.

2. In diesen Fällen vergrößert der/die Beauftragte in Abweichung von den genauen Vorschriften für die Aufnahmemodalitäten im Sinne von Artikel 5 die unbedingt erforderlichen und nicht über diesen spezifischen Zweck hinausgehenden Aufnahmen und speichert sie auf magnetischen Datenträgern.

3. Zu den Informationen, die im Sinne dieses Artikels gesammelt werden, haben nur die Polizei und die Gerichtsbehörde Zugang.

4. Die Überwachungsgeräte können auch für Ermittlungen der Gerichtsbehörde und der Gerichtspolizei eingesetzt werden.

5. Benötigt die Polizei im Laufe von Ermittlungen Informationen, die mit ihren Ermittlungen zusammenhängen und in den Aufnahmen enthalten sein könnten, kann sie mit einem begründeten Schreiben, das an den Verantwortlichen bzw. die Verantwortliche für die Verwaltung und Verarbeitung der Daten gerichtet ist, um Aushändigung des entsprechenden Videomaterials ersuchen.

Artikel 7

Information der BürgerInnen

1. Die Bürgerinnen und Bürger müssen darüber informiert werden, wenn sie einen videoüberwachten Bereich betreten oder sich in einem solchen Bereich befinden und eventuell aufgenommen werden.

2. Der Hinweis auf die Videokameras muss alle Informationen enthalten, die in den Datenschutzbestimmungen nach Artikeln 12, 13 und 14 der EU Verordnung 679/2016 vorgesehen sind. Die Informationen können dabei auch zusammengefasst werden, müssen aber klar und eindeutig formuliert sein.

3. Sind in einem Bereich aufgrund seiner Größe und der Aufnahmeanforderungen mehrere Überwachungskameras installiert, müssen auch mehrere Hinweisschilder angebracht werden.

4. Handelt es sich nicht um externe Bereiche, müssen die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich mit mindestens einer ausführlichen Hinweistafel mit den Informationen nach dem bereits erwähnten Artikel 13, insbesondere in Bezug auf den Überwachungszweck und die eventuelle Aufbewahrung über die Videoüberwachung, informiert werden.

5. Das Hinweisschild muss in den videoüberwachten Bereichen oder unmittelbar daneben, nicht unbedingt direkt an der Überwachungskamera angebracht werden. Format und Position des Hinweisschildes müssen dessen gute Sichtbarkeit ermöglichen. Das Schild kann ein Symbol oder eine deutliche bzw. leicht verständliche stilisierte Darstellung enthalten, die eventuell - je nachdem, ob nur die Einsicht oder auch die Speicherung der Aufzeichnungen geplant ist – unterschiedlich sein kann.

Artikel 8

Datensicherheit

1. Die Aufzeichnungsanlagen werden in eigens dazu bestimmten und stets zugesperrten Schränken verwahrt und befinden sich in Bereichen, die nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

2. Wie festgehalten, besteht die Funktion der installierten Videokameras in der Überwachung gewisser Bereiche mit Aufzeichnung des Videomaterials mit dem Ziel, das Gemeindevermögen zu schützen und etwaige Vandalenakte oder Beschädigungen zu verhindern, und zwar für einen Zeitraum von 7 aufeinanderfolgenden Tagen.

EINSATZZENTRALE

1. Ausschließlich der/die Verantwortliche und der/die Beauftragte für die Verarbeitung der Daten haben, jede/jeder für ihre/seine Funktion, Zugang zur Einsatzzentrale.

2. Keine anderen Personen dürfen den Raum betreten, es sei denn, sie sind in Begleitung einer dazu ermächtigten Person.
3. In der Einsatzzentrale am Sitz der Gemeinde fließen nur die Aufnahmen der Überwachungsanlagen zusammen, die mit der Zentrale verbunden sind.
4. Die Server der Einsatzzentrale, auf denen die Videoaufnahmen und die Funkmeldungen gespeichert sind, werden von dem/der Verantwortlichen für die Einsatzzentrale überwacht.

Artikel 9

Einstellung der Datenverarbeitung

1. Wird die Datenverarbeitung aus irgendeinem Grund eingestellt, werden die Daten

- a) gelöscht;
- b) unter Beachtung der einschlägigen Gesetze, Verordnungen, EU-Bestimmungen und der nach Artikel 12 des „Datenschutzkodexes“ unterzeichneten „Deontologie- und Verhaltenskodizes“ für geschichtliche, statistische oder wissenschaftliche Zwecke aufbewahrt oder einem anderen Rechtsinhaber abgetreten.

2. Für die Verletzung der in Absatz 1 Buchstabe b) angeführten Bestimmungen oder anderer relevanter Datenverarbeitungsvorschriften bei der Abtretung von Daten werden die Strafsanktionen, Verwaltungsstrafen oder die zivilrechtlichen Strafen verhängt, die vom geltenden Gesetz vorgesehen sind.

Artikel 10

Verweis

1. Für alle Sachverhalte, die nicht in dieser Verordnung geregelt sind, wird auf das Gesetz, auf die entsprechenden Durchführungsmaßnahmen, auf die Entscheidungen der Datenschutzbehörde sowie auf die geltenden einschlägigen sowie allgemeinen Bestimmungen verwiesen.

ANLAGE 1

Bestimmung und Merkmale der Überwachungsbereiche

In folgenden Bereichen ist die Installation von Videoüberwachungsanlagen geplant:

Bahnhofsgelände Gargazon

In diesem Bereich werden 4 Überwachungskameras installiert.

Die Bilder werden zum Schutz des Gemeindevermögens und zur Vorbeugung einer Beschädigung der Anlagen durch Vandalenakte sowie aus Sicherheitsgründen kontinuierlich an die Gemeinde Gargazon und an die Carabinieri-Stationskommando Merano-Kommandoabteilung übertragen. Die auf dem Server der Gemeinde gespeicherten Aufnahmen werden automatisch alle 7 Tage gelöscht.

COMUNE DI GARGAZZONE

REGOLAMENTO COMUNALE SULLA VIDEOSORVEGLIANZA

*Approvato con deliberazione del Consiglio comunale
n. 35 del 11/11/2020*

SOMMARIO

Art. 1 - Finalità.....	pag. 2
Art. 2 - Criteri di individuazione delle aree assoggettate alla videosorveglianza »	2
Art. 3 - Limiti di utilizzo.....	» 3
Art. 4 - Responsabili e incaricati della gestione e del trattamento dei dati....	» 3
Art. 5 - Modalità di raccolta e requisiti dei dati personali.....	» 4
Art. 6 - Accertamenti di illeciti e indagini giudiziarie o di polizia.....	» 5
Art. 7 - Informativa ai cittadini.....	» 6
Art. 8 - Sicurezza dei dati.....	» 6
Art. 9 - Cessazione del trattamento.....	» 6
Art. 10 - Norma di rinvio.....	» 7

Allegato 1

Articolo 1

Finalità

1. Il presente regolamento garantisce che il trattamento dei dati personali, effettuato mediante l'attivazione di un impianto di videosorveglianza nel territorio urbano, gestito ed impiegato dal Comune di Gargazzone, si svolga nel rispetto dei diritti, delle libertà fondamentali, nonché della dignità delle persone fisiche, con particolare attenzione alla riservatezza e all'identità personale.

2. Per tutto quanto non è dettagliatamente disciplinato dal presente regolamento si rinvia a quanto disposto dal "Codice per la protezione dei dati personali", approvato con il decreto legislativo 30 giugno 2003, n. 196 e dal Regolamento UE 679/2016.

3. Le finalità istituzionali dell'impianto, del tutto conformi alle funzioni istituzionali demandate al Comune di Gargazzone dalla normativa vigente e in particolare dal decreto legislativo 18 agosto 2000, n. 267, dal decreto del Presidente della Repubblica 24 luglio 1977, n. 616, dalla legge sull'ordinamento della polizia locale 7 marzo 1986, n. 65, decreto legge 23 febbraio 2009, n. 11 come convertito dalla legge n. 38/2009, nonché dallo statuto comunale e dai regolamenti comunali vigenti, sono:

- a) attivazione di misure di prevenzione e sicurezza sul territorio comunale;
- b) rilevazione di dati anonimi per l'analisi dei flussi di traffico e per la predisposizione dei piani comunali del traffico;
- c) rilevazioni delle infrazioni al Codice della Strada;
- d) vigilanza sul pubblico traffico;
- e) tutela del patrimonio comunale.

4. Il sistema di videosorveglianza comporterà esclusivamente il trattamento di dati personali rilevati mediante le riprese televisive, le quali, in relazione ai luoghi di installazione delle videocamere interesseranno i soggetti ed i mezzi di trasporto che transiteranno nell'area interessata.

5. L'impianto non sarà utilizzato per scopi diversi da quelli descritti.

Articolo 2

Criteri di individuazione delle aree assoggettate alla videosorveglianza

1. Nell'individuazione delle aree da assoggettare alla videosorveglianza, il Comune deve tener conto:

- a) del rispetto dei principi di pertinenza e non eccedenza dei dati in relazione agli scopi perseguiti;
- b) delle norme dello Statuto dei Lavoratori (articolo 4 legge 300/1970) che vietano l'installazione di sistemi di controllo a distanza nei luoghi di lavoro;
- c) del rispetto dei principi di correttezza, esattezza e pertinenza del trattamento dei dati personali;
- d) del rispetto del principio del bilanciamento degli interessi, contemperando l'esigenza di tutela della sicurezza dei cittadini e di salvaguardia del patrimonio pubblico con il diritto

di protezione dei dati personali attraverso il rispetto della dignità, con il rispetto del diritto all'immagine e col principio della non interferenza nella vita privata dei cittadini;

e) dei limiti stabiliti da leggi e regolamenti;

f) del rispetto dei principi di proporzionalità tra mezzi impiegati e fini perseguiti;

g) della conformazione delle aree in relazione alla predisposizione o perpetrazione di delitti, reati od atti vandalici in genere, avvenuti in dette aree o comunque, alla potenzialità delle stesse di divenire scenario di comportamenti delittuosi.

2. Nell'individuazione delle aree da assoggettare alla videosorveglianza è ritenuto di particolare rilevanza sociale il controllo delle aree frequentate da minori o comunque dove la presenza di minori sia meno sottoposta al controllo dei genitori e/o degli altri soggetti cui i minori stessi sono affidati nonché zone ad alta concentrazione di persone o abituali siti di ritrovo o di aggregazione.

Articolo 3

Limiti di utilizzo

1. Le immagini raccolte non potranno essere utilizzate per finalità diverse da quelle stabilite all'articolo 1 del presente regolamento ed in particolare secondo quanto segue.

2. Gli impianti di videosorveglianza non potranno essere utilizzati, in base all'articolo 4 dello Statuto dei Lavoratori (legge n. 300 del 20 maggio 1970), per effettuare controlli sull'attività lavorativa dei dipendenti dell'amministrazione comunale, di altre amministrazioni pubbliche o di altri datori di lavoro, pubblici o privati.

3. Gli impianti di videosorveglianza non potranno essere utilizzati per finalità statistiche, nemmeno se consistenti nella raccolta aggregata dei dati o per finalità di promozione turistica.

4. L'attività di videosorveglianza si colloca nella cornice normativa relativa allo svolgimento delle funzioni istituzionali e non è pertanto orientato alla raccolta ed al trattamento dei dati sensibili.

Articolo 4

Responsabili e incaricati della gestione e del trattamento dei dati

1. Il responsabile della gestione e trattamento dei dati è *individuato ai sensi del Regolamento UE 679/2016*, nella persona del Sindaco.

2. Il responsabile vigila sull'utilizzo dei sistemi e sul trattamento delle immagini e dei dati in conformità agli scopi perseguiti dal Comune e alle altre disposizioni normative che disciplinano la materia ed in particolare alle eventuali disposizioni impartite dall'Autorità Garante per la protezione dei dati personali.

3. Egli custodisce le chiavi dell'armadio destinato alla conservazione delle registrazioni nonché le parole chiave per l'utilizzo del sistema.

4. Il responsabile del trattamento provvede alla nomina degli incaricati del trattamento dei dati nonché dei soggetti autorizzati ad utilizzare gli impianti e, nel caso in cui sia indispensabile per gli scopi conseguiti, a visionare le registrazioni.

5. La designazione di eventuali incaricati esterni può essere effettuata solo se l'organismo esterno svolge prestazioni strumentali e subordinate alla scelta del titolare del trattamento.

Articolo 5

Modalità di raccolta e requisiti dei dati personali

1. I dati devono essere protetti da idonee e preventive misure di sicurezza, riducendo al minimo i rischi di distruzione, perdita, anche accidentale, di accesso non autorizzato o di trattamento non consentito o non conforme alle finalità della raccolta.

2. I dati personali oggetto di trattamento vengono:

- a) trattati in modo lecito e secondo correttezza;
- b) raccolti e registrati per le finalità di cui al precedente articolo 1 e resi utilizzabili in altre operazioni del trattamento a condizione che si tratti di operazioni non incompatibili con tali scopi;
- c) raccolti in modo pertinente, completo e non eccedente rispetto alle finalità per le quali sono raccolti o successivamente trattati;
- d) conservati per un periodo non superiore a quello strettamente necessario al soddisfacimento delle finalità istituzionali dell'impianto, per le quali essi sono raccolti o successivamente trattati ed in ogni caso pari al periodo di tempo stabilito dal successivo comma 4;
- e) trattati, con riferimento alle finalità dell'analisi dei flussi del traffico, di cui al precedente articolo 1, comma 3 lettera b), con modalità volta a salvaguardare l'anonimato ed in ogni caso successivamente alla fase della raccolta, atteso che le immagini registrate possano contenere dati di carattere personale.

3. I dati personali sono ripresi attraverso le telecamere dell'impianto di videosorveglianza, le quali saranno progressivamente installate nei punti che verranno via via, secondo lo sviluppo del sistema, individuati con deliberazione di Giunta comunale. Esse saranno posizionate secondo quanto previsto nell'allegato 1, il quale, comunque, è sempre modificabile attraverso decisione della Giunta comunale in base alle mutevoli esigenze che si dovessero venire a creare.

4. Le telecamere di cui al precedente comma 3 avranno le caratteristiche descritte in apposita relazione delle ditte installatrici, conservata agli atti del Comune. Tali caratteristiche tecniche dovranno consentire un significativo grado di precisione e di dettaglio della ripresa. Il titolare del trattamento dei dati personali si obbliga a non effettuare riprese di dettaglio dei tratti somatici delle persone, che non siano funzionali alle finalità istituzionali dell'impianto. I dati personali, potenzialmente suscettibili per la prevenzione o repressione *di infrazioni o per eventuali indagini di polizia giudiziaria*, verranno eventualmente registrati su un supporto magnetico, presso la sala controllo del Servizio di polizia locale.

5. La conservazione delle immagini videoregistrate è limitata a un ristretto periodo di tempo successivo alla rilevazione di sette giorni tassativi, fatte salve speciali esigenze di

ulteriore conservazione in relazione a festività o chiusura di uffici o esercizi, nonché nel caso in cui si deve aderire ad una specifica richiesta investigativa dell'autorità giudiziaria o della polizia giudiziaria.

6. Solo in alcuni specifici casi, per peculiari esigenze tecniche (mezzi di trasporto) o per la particolare rischiosità dell'attività svolta dal titolare del trattamento (ad esempio, per alcuni luoghi come le banche può risultare giustificata l'esigenza di identificare gli autori di un sopralluogo nei giorni precedenti una rapina), è ammesso un tempo più ampio di conservazione dei dati, che non può comunque superare la settimana.

7. Un eventuale allungamento dei tempi di conservazione deve essere valutato come eccezionale e comunque in relazione alla necessità derivante da un evento già accaduto o realmente imminente, oppure alla necessità di custodire o consegnare una copia specificamente richiesta dall'autorità giudiziaria o dalla polizia giudiziaria in relazione ad un'attività investigativa in corso.

8. Il sistema impiegato deve essere programmato in modo da operare al momento prefissato – ove tecnicamente possibile – la cancellazione automatica da ogni supporto, anche mediante sovra-registrazione, con modalità tali da rendere non riutilizzabili i dati cancellati.

Articolo 6

Accertamenti di illeciti e indagini giudiziarie o di polizia

1. Ove dovessero essere rilevate immagini di fatti identificativi di ipotesi di reato o di eventi rilevanti ai fini della sicurezza pubblica o tutela ambientale e del patrimonio del Comune di Gargazzone, l'incaricato della videosorveglianza provvederà a darne immediata comunicazione agli organi competenti, informandone il Responsabile della gestione di cui all'articolo 4 comma 1.

2. In tali casi, in deroga alla puntuale prescrizione delle modalità di ripresa di cui al precedente articolo 5, l'incaricato procederà agli ingrandimenti della ripresa delle immagini strettamente necessari e non eccedenti rispetto allo specifico scopo perseguito ed alla registrazione delle stesse su supporti magnetici.

3. Alle informazioni raccolte ai sensi del presente articolo possono accedere solo gli organi di polizia e di autorità giudiziaria.

4. L'apparato di videosorveglianza potrà essere utilizzato anche in relazione ad indagini dell'autorità giudiziaria e degli organi di polizia giudiziaria.

5. Nel caso in cui gli organi di polizia, nello svolgimento di loro indagini, necessitino di avere informazioni ad esse collegate che possono essere contenute nelle riprese effettuate, possono farne richiesta scritta e motivata indirizzata al responsabile della gestione e del trattamento dei dati.

Articolo 7

Informativa ai cittadini

1. I cittadini devono essere informati che stanno per accedere o che si trovano in una zona videosorvegliata e dell'eventuale registrazione.

2. L'informativa deve fornire gli elementi previsti dagli artt. 12, 13 e 14 del Regolamento UE 679/2016 anche in forma sintetica con formule chiare e senza ambiguità.

3. In presenza di più telecamere, in relazione alla vastità dell'area e delle modalità delle riprese, vanno installati più cartelli.

4. In luoghi diversi dalle aree esterne il modello va integrato con almeno un avviso circostanziato che riporti gli elementi dei predetti artt. 12, 13 e 14 con particolare riguardo alle finalità e all'eventuale conservazione.

5. Il supporto con l'informativa: deve essere collocato nei luoghi ripresi o nelle immediate vicinanze, non necessariamente a contatto con la telecamera, esso deve avere un formato ed un posizionamento tale da essere chiaramente visibile; può inglobare un simbolo o una stilizzazione di esplicita o immediata comprensione, eventualmente diversificati se le immagini sono solo visionate o anche registrate.

Articolo 8

Sicurezza dei dati

1. Gli impianti di registrazione sono custoditi in appositi armadi sistematicamente chiusi e sono ubicati in zone non accessibili al pubblico.

2. Le camere sono installate con funzione di controllo con registrazione delle immagini finalizzato a tutelare il patrimonio e a prevenire eventuali atti di vandalismo o danneggiamento ed ai fini di sicurezza urbana, per un termine tassativo di 7 giorni.

CENTRALE OPERATIVA

1. Alla centrale operativa possono accedere esclusivamente il Responsabile e, ciascuno per le funzioni suddette, gli incaricati del trattamento dei dati.

2. Non possono accedere alla sala altre persone se non sono accompagnate da coloro che sono autorizzati.

3. Alla centrale operativa presso la sede del Comune confluiscono solo le immagini provenienti dagli impianti di videosorveglianza ad essa collegati.

4. I server di centrale dove vengono registrate le immagini e le conversazioni radio sono custoditi dal responsabile della centrale operativa.

Articolo 9

Cessazione del trattamento

1. In caso di cessazione, per qualsiasi causa, di un trattamento i dati sono:

a) distrutti;

b) conservati o ceduti ad altro titolare, per scopi storici, statistici o scientifici, in conformità alla legge, ai regolamenti, alla normativa comunitaria e ai codici di deontologia e di buona condotta sottoscritti ai sensi dell'articolo 12 del codice per la protezione dei dati personali.

2. La cessione dei dati in violazione di quanto previsto dal comma 1, lettera b), o di altre disposizioni rilevanti in materia di trattamento dei dati personali comporta l'applicazione delle sanzioni penali, civili, amministrative e disciplinari previste dall'ordinamento vigente.

Articolo 10

Norma di rinvio

1. Per quanto non previsto dal presente regolamento, si fa rinvio alla Legge, ai suoi provvedimenti di attuazione, alle decisioni del Garante, nonché alla normativa vigente, sia speciale che generale.

ALLEGATO 1

Individuazione dei punti di installazione degli impianti e caratteristiche

I punti di installazione degli impianti sono individuati nelle seguenti zone:

areale stazione ferroviaria di Gargazzone

Sono installate 4 telecamere di sorveglianza.

Le immagini sono trasmesse in continuo presso il Comune di Gargazzone e la centrale operativa del Comando Compagnia Carabinieri di Merano, per motivi di tutela del patrimonio comunale, per prevenire atti vandalici alla struttura e per motivi di sicurezza urbana. La cancellazione dei dati registrati e conservati dai server avviene automaticamente ogni 7 giorni.